



deren Aus- oder Fortbildung optimiert werden.

Gerichtstagspräsident Nehm relativierte ausdrücklich, dass es nicht darum gehe, dass die Polizei bei jedem Verkehrsunfall, bei dem sie nicht genau wisse, wer ihn verursacht habe, in den Fahrzeugen herumschnüffle, eine Personenkontrolle durchführe und die Wohnung des Unfallbeteiligten danach durchsuche, welche Medizin etwa geschluckt werde. Vielmehr gehe es nur um die Fälle, wo Menschen sich ans Steuer setzen, die offensichtlich aufgrund langjähriger Krankheit oder momentan eingenommener Mittel Verhaltensweisen an den Tag legen, die „zum Nachdenken anregen“. Hier sei insbesondere die ärztliche Hilfe von Bedeutung, um Möglichkeiten zu finden, diese „Defizite auszuschalten und sich gar nicht erst in die Gefahr zu begeben,

ein Fahrzeug zu steuern, wobei dann möglicherweise Menschen zu Schaden kommen“, sagte Nehm.

Der entsprechende Arbeitskreis forderte die Ärzteschaft auf, „verkehrsmedizinische Aspekte bei der Patientenaufklärung sorgfältig zu beachten“. Dies gelte auch für die Wirkungen und Nebenwirkungen verordneter Medikamente sowie deren Wechselwirkungen.

Zur sachgerechten Aufklärung der Fahreignung sollen von Polizei und Staatsanwaltschaft „Kataloge geeigneter Ermittlungsmaßnahmen“ aufgestellt und fortentwickelt werden. Technischer und medizinischer Sachverstand sei in besonderem Maße einzubeziehen. Auch sollen die bereits vorhandenen innerdienstlichen Weisungen zur körperlichen Untersuchung, insbesondere bezüglich der Blutprobe,

auf das Vorliegen körperlicher oder geistiger Mängel ausgedehnt und konsequent angewendet werden. Vor allem dürfe in derartigen Fällen der Untersuchungsumfang „nicht auf Alkohol oder die in der Anlage zu Paragraph 24 a StVG bezeichneten Drogen beschränkt“ werden, empfahl der Arbeitskreis.

Schließlich sollten Menschen „mit fahreignungsrelevanten geistigen oder körperlichen Mängeln nicht ohne regelmäßige, verpflichtende Kontrolluntersuchung am motorisierten Straßenverkehr teilnehmen“, forderten die Teilnehmer.

Die Berichterstattung über den Verkehrsgerichtstag wird im Mai fortgesetzt. Der komplette Beitrag mit allen Fußnoten ist auf der GdP-Homepage verfügbar.

WIKIPEDIA

Im Visier von Unternehmen

Eine neue Studie beschreibt, wie große Konzerne und ihre Mitarbeiter die Einträge im Online-Lexikon Wikipedia gezielt beeinflussen. Auf diese Weise verschwinden unliebsame Details und manchmal ganze Seiten mit heiklen Inhalten aus dem Netz. Die bisherigen Regeln, an denen sich die für Wikipedia ehrenamtlich tätigen Schreiber orientieren, reichen nicht aus, um die Manipulationsversuche abzuwehren.

Von Thomas Gesterkamp

Unter Lehrern, Dozenten und anderen Multiplikatoren, erst recht unter Schülern und Hochschülern genießt sie Kultstatus. Die angeblich von einer „Schwarmintelligenz“ getragene „Mitmach-Enzyklopädie“ Wikipedia gilt als legitimer Erbe des aus den Bücherregalen verschwundenen Brockhaus. Zu der elektronischen, scheinbar objektiven und unangreifbaren Wissensautorität haben viele Nutzer ein wenig kritisches, geradezu höriges Verhältnis. Laut einer Befragung von ARD und ZDF schauen 75 Prozent der Männer und 70 Prozent der Frauen in Deutschland zumindest gelegentlich bei Wikipedia nach. Kaum eine Hausarbeit von Studierenden aus der Generation der „Digital natives“, die mit dem Internet aufgewachsen ist, kommt noch ohne Verweise auf die kosten-

frei zugängliche Orientierungs- und Deutungsquelle aus. Selbst Gerichte zitieren inzwischen in ihren Urteilen aus Wikipedia-Artikeln.

Bei Nutzern beliebt

Die Adresse hat einen Stammpflicht unter den Top Ten der beliebtesten Anlaufstellen im Netz. Sie wird jeden Tag viele Millionen Mal aufgerufen, pro Sekunde greifen mehrere Tausend Nutzer darauf zu. Allein die deutschsprachige Ausgabe enthält 1,7 Millionen Artikel auf 4,6 Millionen Seiten. Global betrachtet konsultieren 500 Millionen Menschen mindestens einmal pro Monat das Online-Lexikon, rund 30 Millionen Texte in 280 Sprachen sind abrufbar. Sein positives Image und seinen Erfolg verdankt das im Jahr 2001 gegründete Portal auch der innovativen Art und Weise, wie

hier Informationen zusammengestellt werden und „freies Wissen“ entsteht. Prinzipiell kann sich jeder einbringen, Texte schreiben, sie verändern oder beanstanden – die vielgerühmte „Schwarmproduktion“.

Das umfangreichste Archiv der Welt könnte bald sogar zum Monopolisten werden. Denn nicht nur der deutsche Brockhaus, auch internationale Konkurrenzprodukte wie Microsofts CD-ROM-Lexikon Encarta wurden bereits vor Jahren aufgegeben. Anfang 2012 stellte auch das bekannteste und renommierteste Nachschlagewerk weltweit, die traditionsreiche Encyclopaedia Britannica, nach 244 Jahren ihr Erscheinen ein. Was YouTube für bewegliche Bilder und Google für die Suche nach Kurzinfos ist, ist Wikipedia für die Dokumentation von Wissensinhalten. Der Einfluss des riesigen Datenpools auf die Meinungsbildung wächst stetig. Das weckt Begehrlichkeiten bei Prominenten und anderen öffentlichen Akteuren, vor allem aber in den Public Relations-Abteilungen von Institutionen und großen Unternehmen.

Schon im Juli 2009 berichtete der Webauftakt der Illustrierten „Stern“ über einen solchen Fall. In den Bear-



beitungen des Wikipedia-Eintrags zum Atomkraftwerk Biblis tauchte auffällig oft eine bestimmte IP-Adresse auf. Der Nummerncode ließ sich zurückführen auf den AKW-Betreiber RWE, der „stern.de“ zufolge „etwa Angaben zu Störfällen“ ergänzt hatte. Auch danach kam es über dieselbe Adresse zu Änderungen in inhaltlich verwandten Einträgen, unter anderem zu den Stichworten „RWE“, „Brennelementbehälter“, „Sicherheit von Kernkraftwerken“ und „Erneuerbare Energien“. Oft geht es bei den vorgenommenen Bearbeitungen um kleine, aber gewichtige sprachliche Nuancen: Aus dem „Export von Atommüll“ wird die harmloser klingende „Rückführung von Brennstäben“, aus dem „Störfall“ ein „meldepflichtiges Ereignis“.

PR weit verbreitet

Der Bonner Journalist und Dozent Marvin Oppong hat solche Beispiele in einer Studie zusammengetragen. Das Ergebnis seiner mehrjährigen Recherchen veröffentlichte jetzt die Otto-Brenner-Stiftung, die der Industriegewerkschaft Metall nahe steht. „Verdeckte PR in Wikipedia – Das Weltwissen im Visier von Unternehmen“ lautet der Titel der durch ein Stipendium unterstützten Expertise. „Je länger ich mich mit dem Thema beschäftigt habe, desto mehr habe ich den Eindruck gewonnen, dass PR in Wikipedia weit verbreitet ist“, sagt Oppong. Statt neutraler, von unabhängigen Schreibern eingestellter Fakten findet man dort immer häufiger friierte Texte.

Wenn der Eintrag über ein bestimmtes Unternehmen besonders intensiv von Rechnern dieses Unternehmens bearbeitet wird, ist das ein Hinweis auf eine mögliche gezielte Beeinflussung. So stammten zwischen 2005 und 2009 allein zwei Dutzend Änderungen im Text über die Daimler AG von Computern des firmeneigenen Netzwerks. Inhaltlich ging es dabei um keine Bagatellen, sondern um heikle und öffentlich kontrovers diskutierte Themen wie Lobbying im Bereich Klimaschutz oder die Rolle des Stuttgarter Unternehmens im Nationalsozialismus. Ein Daimler-Sprecher betonte auf Nachfragen, das Umformulieren bestimmter Passagen sei nicht im Auftrag des Konzerns vorgenommen worden, es handele sich um „eigenständige, private Äußerungen von Mitarbeitern“.

In anderen Fällen wurden Texte nicht nur umgeschrieben, sondern unerwünschte Fakten und Details gleich komplett eliminiert. Die Expertise beschreibt den Fall BASF Coatings, eines Lacke produzierenden Tochterbetriebes des Ludwigshafener Chemieriesen. Ein historischer Rückblick verwies auf „durch die Regierung bereitgestellte Zwangsarbeiter“ der damaligen IG Farben in der NS-Zeit und verlinkte zusätzlich auf den Wiki-

liberale Partei im Kontext der umstrittenen Steuersenkungen für Hoteliers. Und sogar den Steyler Missionaren hält der Verfasser vor, das Online-Lexikon für eine geschönte Selbstdarstellung missbraucht zu haben – es ging um fehlenden Priesternachwuchs und die Rolle der Ordensbank in der Flick-Affäre.

Marvin Oppong fordert einen verbindlichen „Ethik-Kodex“ für Wikipedia. Er schlägt vor, dass die Benutzer-



Studie nahm offensichtliche PR-Aktivitäten in Wikipedia unter die Lupe.

Foto: Jens Büttner/dpa

pedia-Artikel „Zwangsarbeiter“. Über eine IP-Adresse, die zu BASF führt, wurde diese Passage gelöscht. Das Wort „Zwangsarbeiter“, so die Studie, komme im aktuellen Eintrag über die BASF nur noch „im Zusammenhang mit einer Wiedergutmachungsleistung“ des Konzerns vor.

Freiwillige gegen Profis

Die Liste der interessengeleiteten Interventionen, die die Expertise erwähnt, ist lang. Den Text über den früheren iranischen Präsidenten Ahmadinedschad zum Beispiel manipulierte der US-amerikanische Geheimdienst CIA. Über Rechner des Vatikans wurde der Eintrag des irischen Sinn Fein-Führers Gerry Adams verändert. Der User „7Pinguine“, nach eigenen Angaben FDP-Mitglied, strich die Erwähnung von Parteispenden für die

oberfläche des digitalen Lexikons für Laien einfacher gestaltet wird und die Bearbeiter von Texten ihre Identität lüften müssen. Um mehr Transparenz herzustellen, sollten Institutionen und Unternehmen ihre Accounts offenlegen.

Allein in der deutschsprachigen Version der Enzyklopädie werden Tag für Tag rund 300 Artikel neu angelegt. Keine auf freiwilliger Basis agierende Gemeinschaft könne das „im Blick behalten“ – zumal sich ein harter Kern von wenigen Tausend Aktiven in den Debatten über die Artikel mit professionellen PR-Experten auseinandersetzen müsse. Ein ungleiches Duell: Konzerne, Verbände und Parteiapparate seien „personell zu gut bestückt und finanziell zu gut ausgestattet“, betont Oppong. Schon wegen seiner Binnenstrukturen sei Wikipedia nicht in der Lage, Missbrauch zu erkennen und effektiv einzudämmen.



Vandalen im Bearbeitungskrieg

Den deutschen Zweig des weltweiten Netzwerks koordiniert der in Berlin ansässige gemeinnützige Verein Wikimedia, dessen Geschäftsstelle rund 50 Vollzeitkräfte beschäftigt und vor allem Spenden in Millionenhöhe sammelt. Zwar gibt es Ansätze eines Regelsystems gegen organisierte Manipulation. So müssen neu eingefügte Informationen durch verlinkte Quellen nachgewiesen sein; diese „Belegpflicht“ wird aber eher lax gehandhabt. Wer ständig versucht, gegen den Widerstand anderer Autoren Änderungen durchzusetzen und so einen „Edit War“ (Editier- oder Bearbeitungskrieg) anzettelt, kann im Extremfall wegen „Vandalismus“ durch den verantwortlichen Administrator gesperrt werden. Die Einführung einer Pflicht für alle beteiligten Schreiber, eindeutig rückführbare Klarnamen zu benutzen, stößt in der Wiki-Gemeinschaft mit Verweis auf den Datenschutz jedoch auf Widerstand.

Große Unternehmen beauftragen immer häufiger ein ganzes Team von Netzexperten, die nicht nur auf Wiki-

pedia-Texte Einfluss nehmen, sondern auch für eine positive Darstellung in Suchmaschinen wie Google sorgen sollen. In den USA haben sich Firmen wie WikiPR darauf spezialisiert, nicht erwünschte Artikel oder Textpassagen zu entfernen. Solchen zielgenauen, zeitintensiven und mit viel Geld unterstützten Aktivitäten ist mit ehrenamtlichem Engagement und halbherziger Überprüfung nicht beizukommen. „Die Wikipedia-Community“, resümiert Autor Oppong, sei „machtlos gegenüber PR, wenn nicht sogar desinteressiert“.

Die Konsumenten fordert die Studie auf, ihre unkritische Haltung zu hinterfragen. Private wie berufliche Nutzer müssten sich klar machen, „dass sie ein Medium nutzen, an dem jedermann Inhalte verändern kann – sei es eine altruistische Privatperson, der die Bildung breiter Massen am Herzen liegt, oder der Spin-Doktor eines zahlungskräftigen Auftraggebers aus der freien Wirtschaft“. Wikipedia mag zwar überwiegend durch Zuarbeit „von unten“ entstehen, ist aber trotz der basisdemokratischen Aura eben keine wissenschaftliche Quelle und

weniger glaubwürdig als traditionelle Enzyklopädien.

Auch der (inzwischen nur noch in einer Digitalversion aktualisierte) Brockhaus nahm durch Auswahl und Gewichtung der Einträge stets eine bestimmte Wertung vor. Doch hinter den Lexika alten Typs standen renommierte Wissenschaftler sowie redaktionelle Gremien, Herausgeber und Verlage, die öffentlich bekannt und sichtbar waren. Es besteht kein Grund, den Autoren der Wikipedia eine ähnlich hohe Achtung entgegen zu bringen, solange diese bewusst anonym bleiben wollen, jede Registrierpflicht ablehnen und ihre Identität durch Decknamen verschleiern.

Marvin Oppong: Verdeckte PR in Wikipedia – Das Weltwissen im Visier von Unternehmen, Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt/Main 2014.

Die Studie steht als pdf-Datei unter www.otto-brenner-stiftung.de. Als gedruckte Broschüre (OBS-Arbeitsheft 76) ist sie kostenlos zu beziehen: Otto-Brenner-Stiftung, Jupp Legrand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt, Telefon 069-6693-2810, Fax -2786.

POLIZEIEINSATZ

Außergewöhnliche Tat rettet Mutter und Kind

Eine spektakuläre Rettungsaktion gelang einem Polizeibeamten und einem Lkw-Fahrer bei einem Brand Anfang März in Hof/Saale. Der Polizist hielt den Kraftfahrer an, um mit dem Container-Absetzer an das brennende Haus zu gelangen. Die Männer konnten so ein Baby mit seiner Mutter aus dem ersten Stock des Hauses retten. Im Hintergrund des Bildes erkennt man die Schmiererei „ACAB“, mit der Cops ja allgemein beleidigt werden. Mutter und Kind werden in dem mutigen und umsichtigen Kollegen bestimmt keinen „Bastard“ sehen. hol



Foto: Andrea Arndt

